

# Schweiz – EU

Die Zahl

## 835 Millionen

**Franken** Gewinn erwirtschaftete die Raiffeisenbank letztes Jahr. Das bedeutete eine Steigerung um 54 Prozent. Der Gesamtertrag ging jedoch um 0,9 Prozent auf 3,05 Milliarden Franken leicht zurück. **Wirtschaft**

Letzte Nachrichten

### Bundesrat ist für ein revidiertes Jagdgesetz

**Natur** Die Revision des Jagdgesetzes kommt zur Abstimmung, weil Natur- und Umweltschutzverbände das Referendum ergriffen haben. Bundesrat und Parlament unterstützen die Revision. Wie Simonetta Sommaruga am Donnerstag an einer Medienkonferenz in Bern in Erinnerung rief, stammt das geltende Jagdgesetz aus dem Jahr 1985. Laut dem Bundesrat fehlt den Kantonen heute ein sinnvolles Instrument, um die Entwicklung des Wolfbestandes zu steuern. Das soll sich mit der Revision des Gesetzes ändern. *(dpo)*

### Prämien-Entlastung: Es kommt zur Abstimmung

**Krankenversicherung** Die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP ist offiziell zu Stande gekommen, wie die Bundeskanzlei am Donnerstag mitteilt. Für die Initiative wurden 101780 gültige Unterschriften eingereicht. Die Initiative verlangt, dass niemand mehr als 10 Prozent seines Einkommens für Krankenkassenprämien zahlen muss. *(mg)*

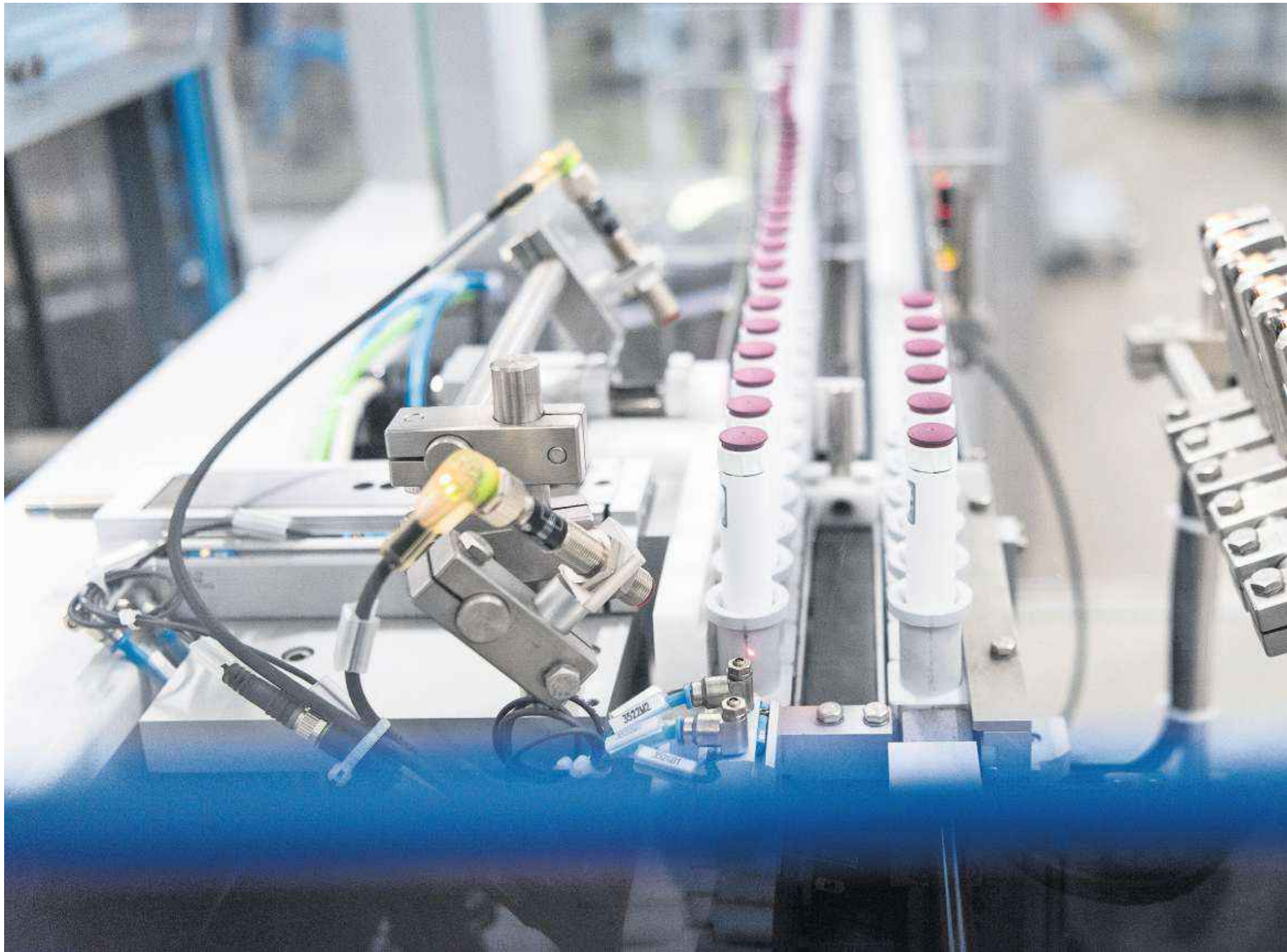
### Samenspende soll für alle möglich werden

**Gleichstellung** Neu sollen auch gleichgeschlechtliche Paare sowie alleinstehende Frauen den Zugang zur Samenspende erhalten. Zu diesem Schluss kommt die Nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin in ihrer am Donnerstag veröffentlichten Stellungnahme zum Thema Samenspende. Das aktuelle Gesetz stamme aus den späten 1990er-Jahren und werde den heutigen Entwicklungen nicht mehr gerecht, schreibt die Nationale Ethikkommission. *(mg)*

Korrigendum

### Kinderschänder nicht in Kirchgemeinde integriert

Im Bericht vom 8. Februar stand fälschlicherweise, der mehrfache Kinderschänder William W. sei mit der Evangelisch-Reformierten Kirchgemeinde Olten nach Belgien gereist. «Er hat nie Ferien im Ausland mit einer Gruppierung unserer Kirchgemeinde verbracht», schreibt die Kirchgemeinde. Er sei dort auch «zu keiner Zeit integriert» gewesen. W. habe sich lediglich «in Zusammenhang mit einer Internationalen Gemeinschaft, die sich wöchentlich dort trifft» in der Oltner Friedenskirche aufgehalten. *(lfi)*



Die EU lässt die Schweiz zappeln: Ab dem 27. Mai können Schweizer Medizinaltechnikprodukte – im Bild Injektionspens der Firma Ypsomed – nicht mehr so einfach wie heute in die EU exportiert werden.

# «Für kleinere Firmen wird es sehr prekär»

Ende Mai anerkennt die EU Schweizer medizintechnische Produkte nicht mehr automatisch an. Simon Michel, Chef des Medtech-Konzerns, fordert eine rasche Klärung des Verhältnisses zur EU. Sonst drohe noch grösserer Schaden.

**Interview: Lucien Fluri und Roman Schenkel**

Im Industriegebiet von Burgdorf BE blickt Simon Michel, CEO von Ypsomed, gelassen in die Zukunft. Seine Firma sei darauf vorbereitet, wenn die EU Schweizer medizintechnische Produkte nicht mehr zulassen würde. Doch den Chef von 1700 Arbeitnehmenden besorgen das Verhältnis zur EU und die Abstimmung zur Begrenzungs-Initiative. Solch populistische Initiativen sorgten für grossen Schaden, sagt Michel.

### Was bedeutet der 27. Mai für die Schweizer Medtech-Branche?

Ab dem 27. Mai können in der Schweiz zugelassene Produkte nicht mehr in der EU verkauft werden. Ich gehe davon aus, dass es von den 450 bis 500 Herstellern in der Schweiz etwa die Hälfte nicht schaffen wird, ihre Produkte rechtzeitig in der EU zuzulassen. Das sind vor allem kleinere Firmen. Für sie wird es sehr prekär.

### Was heisst dies konkret?

Diese Firmen werden in den Graubereich rutschen. Sie werden nicht mehr legal in die EU liefern können. Die Zollbehörden werden die Exporte zwar

wahrscheinlich nicht aufhalten. Die Produkte kommen also zum Beispiel nach Deutschland, sind dort aber regulatorisch nicht zugelassen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand.

### Wo steht Ypsomed?

Wir sind vollständig gerüstet. Wir haben vor über zwei Jahren mit den Vorbereitungen begonnen. Wir haben unsere Produkte in Deutschland neu zugelassen und haben dort eine Importgesellschaft gegründet. Konkret werden wir ab Ende Mai alle Produkte zuerst nach Deutschland importieren und dann von dort aus die 20 Tochtergesellschaften in der EU beliefern.

### Das klingt nach viel Aufwand.

Das ist ein unnötiger Aufwand, der uns einen hohen einstelligen Millionenbetrag kostet. Wir mussten beispielsweise alle Verpackungen neu beschriften und Produktdossiers anpassen.

### Umgekehrt sind auch EU-Produkte in der Schweiz nicht mehr anerkannt. Was bedeutet dies für Schweizer Patienten?

Ärzte werden etwa Stents aus der EU verbauen müssen, deren Verwendung rein rechtlich nicht mehr erlaubt ist.

Sonst sterben Menschen. Swissmedic und das Seco sind mit Hochdruck daran, noch eine Übergangsregelung zu finden. Aber das ist nicht einfach ohne das Einlenken der Europäischen Union.

### Es bleiben noch drei Monate. Hat man zu lange zugewartet?

Die Schweiz ist seit 2014 in Verhandlungen mit der EU. Wir haben das Institutionelle Rahmenabkommen als Ergebnis auf dem Tisch. Persönlich beurteile ich dieses Verhandlungsergebnis als sehr gut. Es ist ineffizient, wie wir heute die bilateralen Verträge leben. Einen Rahmenvertrag mit der EU zu unterzeichnen, ist effizienter als wegen jedes Detailthemas ein einzelnes Abkommen von Grund auf neu zu verhandeln.

### Sie würden dem Rahmenabkommen vorbehaltlos zustimmen?

Als Unternehmer stimmt man auch mal einem Vertrag zu, mit dem man nur zu 90 Prozent einverstanden ist. Es ist besser, einen Vertrag zu haben als gar keinen. Der bilaterale Weg, das Schweizer Erfolgsmodell, wird mit dem Institutionellen Abkommen auf Jahre hinaus bestätigt.

### Politisch tönt dies ganz anders.

Die Ängste sind politisch aufgebauscht. Der Entscheid des Bundesrates, das Institutionelle Abkommen der Politik so breit vorzulegen, war ungeschickt. Links und Rechts haben Extrempositionen bezogen. Es ist für sie nun schwierig, von ihren Forderungen abzuweichen. Der Bundesrat hat sich damit in eine unangenehme Lage manövriert.

### Sehen Sie noch Chancen für das Rahmenabkommen?

Meines Erachtens ist ein Mitte-Links-Deal am vielversprechendsten, um eine Lösung mit Europa zu erhalten. Man muss versuchen, in den Verhandlungen mit der EU etwas zu Gunsten der Linken herauszuholen. Danach muss der Bundesrat den Mut haben, das Rahmenabkommen zu unterschreiben – mit der möglichen Folge, dass die SVP das Referendum ergreift.

### Mit der SVP sehen Sie keine Lösung?

Die SVP wird von ihren Forderungen nicht abrücken. Sie hat mit der Begrenzungs-Initiative bewiesen, dass sie keine wirtschaftlich starke Schweiz will. Der Wohlstand in unserem Land ist jedoch von den Exporten und damit der Produktion im Inland abhängig. Ich habe den Eindruck, ganz übertrieben



# SVP im Clinch mit der Wirtschaft

Mit der Begrenzungs-Initiative begibt sich die SVP auf Konfrontationskurs zu den Wirtschaftsverbänden.

**Abstimmungskampf** Wenn SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi in die Tasten haut, werden auch die Mächtigen aus der Wirtschaft nicht geschont. Wer sich gegen die Begrenzungs-Initiative der Volkspartei stellt, kann schon mal vom Zuger Nationalrat auf dem Kurznachrichtendienst Twitter in die Mangel genommen werden.

So erging es etwa Severin Schwan, dem Chef des Basler Pharmakonzerns Roche. «Als Erstes will der abgehobene österreichische Konzernboss mit Millionensalär uns Schweizern sagen, was wir zu tun haben, und die Grenze gleich für noch mehr Ausländer öffnen», schrieb Aeschi, nachdem sich Schwan in einem Interview gegen die Initiative gestellt hatte. Dass der Roche-Chef auch Schweizer Bürger ist, erwähnte Aeschi nicht. Doch die Argumentationslinie, mit der die SVP ihre Initiative ans Volk bringen will, ist damit klar: Ausländische CEO holen sich bei Schweizer Firmen Millionensaläre und bringen günstige Arbeitskräfte in die Schweiz – zum Nachteil der Schweizer Arbeitnehmenden. Oder mit Aeschis Worten: «Den ausländischen Managern sind die Schweizer egal. Diese stellen lieber billige Ausländer ein.» So wird auch der abgelöste CS-Chef Tidjane Thiam zum «30-Millionen-Thiam», der, wie andere Manager, «noch mehr billige EU-Ausländer ins Land holen will».

Mit Aeschis Statements zeigt sich deutlich der Graben zwischen der SVP und den – organisierten – Wirtschafts-

vertretern. Denn vom Dachverband Economiesuisse über Arbeitgeber- und Gewerbeverband bis hin zum Bauern- oder Versicherungsverband und Hotel- oder Gastronomieverband haben sich alle deutlich gegen die SVP-Initiative ausgesprochen. Sie befürchten eine Verschärfung des Fachkräftemangels, fehlenden Marktzugang für Schweizer Firmen in der EU und damit Schwierigkeiten für Schweizer Firmen im wichtigsten Exportmarkt.

## Die SVP-Kampagne ist noch nicht in die Gänge gekommen

Wie bei früheren Abstimmungsvorlagen, die die Bilateralen Verträge in Frage stellen, gibt es auch innerhalb der SVP kritische Stimmen. So hat sich der Unternehmer und frühere SVP-Nationalrat Peter Spuhler dagegen gewehrt, die Bilateralen zu gefährden. «Das wäre der Todesstoss für die Schweizer Exportindustrie», sagte er im Dezember gegenüber der «Weltwoche». Und auch die Thurgauer Nationalrätin Diana Gutjahr hatte sich im vergangenen Herbst bei der Abstimmung im Parlament enthalten: «Ich sehe mich in Bern als Vertreterin der Wirtschaft. Ich weiss, wie schwierig es heute schon ist, gezielt Fachkräfte zu rekrutieren. Deshalb stehe ich zu den Bilateralen und – trotz Mängeln – auch zur Personenfreizügigkeit», sagte sie gegenüber dem Nachrichtenportal Nau. Im Clinch zwischen seinen politischen Überzeugungen und seinem Amt beim Gewerbeverband dürfte dagegen Ex-Nationalrat

Jean-François Rime stehen. Der Noch-Gewerbeverbandspräsident fehlte, als der Gewerbeverband gegen die Initiative vor die Medien trat.

Auffallend ist im bisherigen Abstimmungskampf: Abseits von Twitter blieb es bei der SVP bisher relativ ruhig. Während Bundesrätin Karin Keller-Sutter bereits vor zwei Wochen mit einer Medienkonferenz ihren Abstimmungskampf gegen die Initiative lancierte, scheint die SVP noch nicht in ihrem gewohnten Kampfmodus zu sein. Dem widerspricht allerdings SVP-Sprecherin Andrea Sommer. Die SVP habe nach dem 9. Februar bereits mit der Wildplakatierung den Abstimmungskampf begonnen, erklärt sie. Aufgrund der kantonal unterschiedlichen Plakatierungsreglemente stünden die Plakate noch nicht überall. «Wir haben Tausende Bestellungen ausgeliefert», so die SVP-Sprecherin. Dass die übliche Auftaktpressekonferenz bisher ausgeblieben ist, begründet sie einerseits damit, dass die Gegner der Initiative schlicht extrem früh die Kampagne gestartet hätten. Zudem wählt die SVP am 28. März noch ihren neuen Präsidenten. Eine Pressekonferenz werde damit abgestimmt. So oder so spielt man bei der SVP den Vorwurf, die Initiative sei wirtschaftsfeindlich, hinunter. Man wolle auch künftig Fachkräfte rekrutieren können, sagt Sprecherin Sommer. Es dürfe aber nicht sein, dass Ältere entlassen würden, damit günstigere Arbeiter aus dem EU-Raum angestellt würden. (lffh)

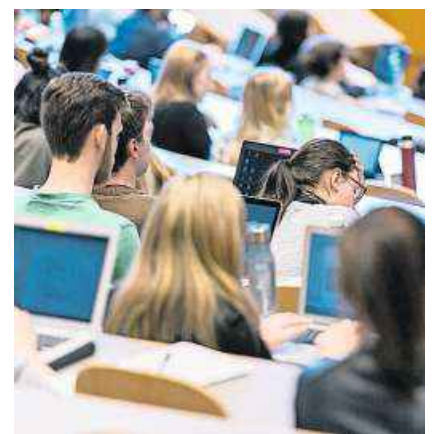
## Die Nadelstiche der EU gegen die Schweiz



### Masseneinwanderung

Die Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative im Februar 2014 stellte das Verhältnis Schweiz-EU auf die Probe. Die EU reagierte, indem sie Programme mit der Schweiz auf Eis legte.

Bild: Steffen Schmidt/Keystone



### Horizon 2020

Im Nachgang zur Masseneinwanderungs-Initiative wurde die Schweizer Teilnahme am EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 und am Austauschprojekt Erasmus Plus von der EU eingeschränkt.

Bild: Christian Beutler/Keystone



### Börse

Die EU erkannte die Schweizer Börse 2019 nicht mehr als gleichwertig an. Die EU verlangt von der Schweiz ein Rahmenabkommen, damit die Schweiz auch künftig am EU-Markt teilhaben kann.

Bild: Ennio Leanza/Keystone



### Medizinaltechnik

Ab Ende Mai 2020 werden Schweizer Medizinalprodukte in der EU nicht mehr als gleichwertig anerkannt. Grund dafür ist, dass es beim Rahmenabkommen keine Fortschritte gibt.

Bild: Alex Spichale

EU importiert werden. Bild: Christian Beutler/Keystone

gesagt, dass die SVP uns zum Agrarstaat zurückentwickeln will.

### Die Begrenzungs-Initiative steht am 17. Mai zur Abstimmung.

Sie ist ein grosses Risiko für unser Land. Die Personenfreizügigkeit ist Kernbestandteil in der EU. Mit der Kündigung dieses Einzelelements bringt die SVP bewusst die bilateralen Verträge in Gefahr. Dies gefährdet Zehntausende Arbeitsplätze. Bereits jetzt ist der Schaden gross, der durch die Initiative angerichtet wurde. Diese sagt bewusst Nein zu Fachkräften: Wir haben unser neues Werk auch in Deutschland gebaut, weil wir ein Problem darin gesehen haben, dass gewisse Kreise in der Schweiz Fachkräfte nicht reinholen wollen.

### Die Initiative schadet dem Standort Schweiz?

Wir haben seit Jahren de facto keine Ansiedlungskandidaten mehr. Natürlich ist die Währung ganz entscheidend. Aber nicht nur der zu starke Schweizer Franken schreckt ab. Populistische Initiativen schaden ebenfalls. Die Masseneinwanderungs-Initiative oder jetzt die Begrenzungs-Initiative sorgen für Zeitspannen mit fehlender Rechtssicherheit. Dies macht die Schweiz unattraktiv für Investitionen, Ansiedlungen und Fachkräfte aus dem Ausland, die wir dringend benötigen.

### Verstehen Sie die Skepsis nicht, dass die Zuwanderung zu gross werden könnte?

Ich kann verstehen, dass es Meinungen gibt, 25 Prozent Ausländer seien zu viel. Aber die Automatisierung geht zu langsam voran, um die vielen Arbeitskräfte zu ersetzen, die nach der Pensionierung der Babyboomer-Generation fehlen werden. Wir werden neue Fachkräfte in die Schweiz holen müssen, sonst werden wir schrumpfen und an Wohlstand einbüßen müssen.

### Sie produzieren auch in Deutschland. Was sind die Vorteile gegenüber der Schweiz?

In Deutschland, vor allem im Osten, sind top-ausgebildete Fachkräfte verfügbar. Bauland ist dort günstig, die Flächenreserven sind immens. Und Deutschland subventioniert Ansiedlungen grosszügig. Investieren wir beispielsweise 100 Millionen Franken, erhalten wir 10 Millionen Fördergelder bar auf die Hand. Wir haben das Problem des starken Schweizer Frankens nicht und die Löhne sind auf einem vernünftigen Niveau. Und: Die neuen Bundesländer wollen uns. Der Wirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern war zweimal bei mir im Büro in Burgdorf.

### Wo liegen die Standortvorteile der Schweiz?

Die einzigen Vorteile, die die Schweiz noch hat, sind die tiefen Unternehmenssteuern und die Energiepreise. Letztere sind in Deutschland fast 2,5-mal höher.

### «Die SVP will uns, ganz übertrieben gesagt, zum Agrarstaat zurückentwickeln.»



Simon Michel  
CEO Ypsomed

### Immerhin wurden die Unternehmenssteuern mit der vom Volk gutgeheissenen Steuervorlage STAF vergangenes Jahr für die meisten Firmen deutlich gesenkt.

Die Unternehmenssteuern sind tatsächlich attraktiv in der Schweiz, insbesondere für forschende und entwickelnde Unternehmen. Dank über 800 Patenten und weil wir jährlich über 40 Mio. Franken in die Forschung investieren, wird die Ypsomed in der Schweiz voraussichtlich deutlich unter 12 Prozent Gewinnsteuern bezahlen. Und dies, obwohl wir in den Hochsteuerkantonen Bern und Solothurn angesiedelt sind. Diese Steueroptimierung macht volkswirtschaftlich durchaus Sinn, weil wir die frei verfügbaren Mittel, die wir nicht dem Fiskus abgeben, in Entwicklung, Innovation und neue Arbeitsplätze investieren. Wir werden zudem rund drei Viertel der Gewinne von unserem Produktionsstandort in Schwerin versteuern, ohne die Infrastruktur zu nutzen. Das ist ein interessantes Modell, das die Schweiz jetzt vermarkten muss.

### Zur Person

Simon Michel (42) ist seit 2014 CEO der von seinem Vater gegründeten Ypsomed-Gruppe mit Hauptsitz in Burgdorf. Die Firma stellt Injektionspens, Insulinpumpen und Pen-Nadeln zur Selbstmedikation her, beispielsweise für Diabetiker. Die Firma beschäftigt weltweit rund 1700 Mitarbeitende – 2016 waren es noch 1200. Auch im kommenden Jahr sollen gegen 200 neue Stellen geschaffen werden. Ypsomed weist einen Umsatz von gegen 400 Mio. Franken aus. Michel wohnt mit seiner Familie in Solothurn. Dort politisiert er für die FDP im Kantonsrat. (lffh)

### Ein anderes Thema. Sie haben in Ihrer Firma den Mobilfunkstandard 5G getestet. Ihre Erfahrungen?

5G ist eine Erfolgsgeschichte für Ypsomed. Wir haben zusammen mit der Swisscom ein Pilotprojekt durchgeführt. Es geht darum, die Automatisierung voranzutreiben, und die unglaubliche Datenmenge, die wir auf unseren über 400 Produktionsanlagen sammeln, schnell zu verarbeiten. Das Ziel ist, mit 5G unterbrechungsfrei und mit weniger Ausschuss zu produzieren.

### Können Sie dies etwas konkreter ausführen?

Auf unseren Produktionsanlagen werden zu jedem Zeitpunkt Tausende Daten gemessen. Heute können wir diese nicht nutzen, weil sie nicht schnell genug ins Rechenzentrum und zurück zur Maschine kommen. Mit 5G können wir die Daten sofort nutzen und der Anlage quasi im selben Moment befehlen, was sie tun muss, damit es nicht zu Fehlern kommt. Mit diesen neuen Technologien werden wir einen Teil des Fachkräftemangels in den Griff bekommen. Beim Lohnniveau in der Schweiz ist Automatisierung zudem unabdingbar, um global wettbewerbsfähig zu bleiben. Dies kann sogar dazu führen, dass Wertschöpfung von Tieflohnländern in die Schweiz zurückgeholt werden kann.

### Die Politik sieht 5G aber etwas anders. Es gibt sogar Moratorien

Es fehlt in der Politik der Mut, die Vorschriften an internationale Standards anzupassen. Die Grenzwerte sind in der Schweiz etwa zehnmal höher als von der Weltgesundheitsorganisation vorgeschrieben. Das bremst die Innovationskraft. 5G ist seine Schlüsseltechnologie. Nein zu 5G zu sagen, ist, wie wenn man vor 30 Jahren Nein zum Internet gesagt hätte. Die Schweiz droht, den Vorsprung, den sie hatte, zu verspielen.